



*Strukturelle Anpassungen.
Bild: Sigi Tischler (Keystone)*

Wirtschaft

Kosteninsel Schweiz

In Diskussionen über hohe Preise wird die Rolle des Staates kaum gross thematisiert. Die Politik konzentriert sich zu stark auf populäre Konsumgüter.

14.03.2018

Von Rudolf Walsler

In der anhaltenden öffentlichen Diskussion über die Hochpreisinsel Schweiz stehen immer nur einige wenige Güter und deren Preise im politischen Fokus, wie sich dies jüngst im Rahmen der «Fair-Preis-Initiative» einmal mehr zeigte. Die Schweiz hat aber nicht nur hohe

Nahrungsmittelpreise, Krankenkassenprämien, Wohnungsmieten et cetera, sondern auch eine teure Verwaltung einschliesslich staatseigener Unternehmen und ein teures Bildungs- und Gesundheitssystem. Das Pendant zur Preisinsel ist letztlich die Kosteninsel, und zu dieser trägt der Staatssektor massgeblich bei.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2016 belief sich der staatliche Konsum, hinter dem sich die Löhne des Staatsapparats und die Kosten für Beschaffungen aller Art verbergen, auf rund 80 Milliarden Franken oder 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), die Tendenz ist steigend. Im internationalen Vergleich liegt diese Summe laut Eurostat-Angaben um 96 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Mit anderen Worten: Die Löhne im Staatssektor sind international hoch, und der Staat kauft teuer ein.

Stellenexplosion beim Bund

Was bedeutet das etwa im Vergleich mit Deutschland? Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds für 2016 war das BIP – kaufkraftbereinigt – pro Kopf mit 79 000 Dollar in der Schweiz fast doppelt so hoch wie im nördlichen Nachbarland, und die Fiskalquote, also die über Steuern und Abgaben finanzierten Staatsleistungen einschliesslich der Zwangsabgaben an Krankenkassen und Sozialwerke, war in beiden Ländern ungefähr gleich hoch: in der Schweiz 40 Prozent, in Deutschland 38 Prozent. Das heisst, dass die Schweizer für ihre Staatsleistungen rund doppelt so viel bezahlen wie die Deutschen. Zählt man die weiteren direkt und indirekt staatlich administrierten Preise, etwa für Gesundheit, Post oder Energie, sowie die Gebühren aller Art dazu, kommt man schätzungsweise auf über 50 Prozent.

Gut zur Hälfte also ist die Preisbildung in der Schweiz dem Wettbewerb entzogen. Dabei sind staatliche Gebühren besonders beliebt, weil sie im Unterschied zu Steuern keiner Verfassungsgrundlage bedürfen. Zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen mit nur schwer abschätzbaren Preiswirkungen ergeben sich auch dadurch, dass der Staat selber in beträchtlichem Ausmass Unternehmen besitzt und führt, die nichts mit der Bereitstellung öffentlicher Güter zu tun haben – wie dies selbst der Bundesrat kürzlich eingestanden hat. Damit ist der Einfluss des Staates auf das volkswirtschaftliche Kosten- und Preisgefüge aber noch nicht erschöpft.

Während in der privaten Wirtschaft in jüngerer Zeit die Beschäftigung kaum gross erhöht wurde, explodierte die Stellenzahl in den staatlichen Verwaltungen, also bei Bund, Kantonen, Gemeinden sowie staatseigenen und staatsnahen Unternehmen, seit 2009 geradezu. Das ist in doppelter Hinsicht problematisch. Zum einen drückt diese Verlagerung der Beschäftigung in Richtung weniger kapitalintensiver Dienstleistungsbereiche auf die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Das ist umso brisanter, als die Produktivität im Staatssektor nicht oder nur schlecht gemessen werden kann, so dass der Output offiziell einfach nach den Inputkosten, unter anderem den Löhnen, bewertet wird. Sollte sich die tatsächliche Produktivität des öffentlichen Dienstes verändern, käme dies also in den amtlichen Zahlen gar nicht zum Ausdruck. Wenn man bedenkt, dass die Lohnhöhe nach ökonomischer Theorie eigentlich massgeblich von der Arbeitsproduktivität abhängen sollte, kommt unweigerlich die Frage auf, wie sich das relativ hohe Durchschnittsgehalt beim Bund von 121 000 Franken pro Jahr begründen lässt.

Zum andern bezahlen im Zuge dieser Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur, bildlich gesprochen, immer mehr Staatsbeschäftigte ihre Steuern aus den Steuergeldern jener, die im Privatsektor tätig sind. Dass diese Verlagerung längerfristig tragbar ist, muss mit einem Fragezeichen versehen werden.

Insgesamt lagen die Konsumentenpreise in der Schweiz 2016 um 61 Prozent über dem EU-Durchschnitt, und bei dem auf das gesamte BIP bezogenen Preisniveau betrug der Abstand sogar 64 Prozent. Nimmt man statt des etwas abstrakten EU-Durchschnitts die wichtigen Konkurrenzländer Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich als Vergleichsgrundlage, und konzentriert man sich stärker auf staatsnahe Leistungen, ist der Kontrast enorm: Für einen Warenkorb mit identischem Nutzen im Bereich Gesundheit ist die Schweiz rund 100 Prozent teurer als die Nachbarländer, und im Bereich Erziehung und Unterricht beträgt der Abstand gar über 150 Prozent. Die Behörden begründen dies gerne mit dem Hinweis, dass es dabei vor allem um nicht handelbare Dienstleistungen gehe, wo der Wettbewerb wenig spiele.

Wirtschaftspolitisch genügt es also nicht, nur einzelne Preise ins Visier zu nehmen und nach tieferen Importpreisen oder mehr Wettbewerb in der inländischen Wirtschaft zu rufen. Auch der gesamte Staatssektor muss ständig nach Effizienzsteigerungen, Einsparungen und strukturellen Anpassungen abgeklopft werden, wenn die Steuergelder nicht in ineffizienten Strukturen versickern sollen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz nicht Schaden nehmen soll. Diese Aufgabe ist aber nicht nur schwierig und zeitraubend, sondern bringt Politikern auch kaum und schon gar nicht rasch Lorbeeren; deshalb setzen sie lieber auf Schnellschüsse wie die «Fair-

Preis-Initiative». So wird uns vermutlich die Kosten- und Preisinsel Schweiz noch lange erhalten bleiben.

Rudolf Walser war bis 2007 Chefökonom von Economiesuisse und nachher beim Think-Tank Avenir Suisse tätig.